



HESSISCHER LANDTAG

26/06/26 ^{Ba}

Kleine Anfrage

Volker Richter (AfD), Andreas Lichert (AfD), Heiko Scholz (AfD), Robert Lambrou (AfD), Gerhard Bärsch (AfD), Arno Enners (AfD)

Ordnung des Diskurses: Entscheidungsräume und Beratungsprozesse der Hessischen Landesregierung während der Corona-Pandemie

Vorbemerkung Fragesteller:


„Democracy dies in darkness“, die Demokratie stirbt im Dunkeln – so lautet der bekannte Leitspruch der Washington Post. Er bringt die existenzielle Bedeutung von Öffentlichkeit und Transparenz für die Demokratie auf den Punkt. Gerade in Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie ist es unabdingbar, dass die Entscheidungsfindung der Mächtigen nachvollziehbar dokumentiert ist – sowohl für die unmittelbare Beurteilung im Lichte der gegebenen Situation als auch für die umfassende Aufarbeitung im Nachgang. Werden schwerwiegende Entscheidungen im Verborgenen getroffen, weckt dies Misstrauen und kann die Demokratie und das Vertrauen in die sie tragenden Institutionen nachhaltig erschüttern. Wie es dazu auch im hessischen Pandemieplan von 2007 heißt: „Eine offene, transparente und ehrliche Kommunikation ist unabdingbar und verlangt einen hohen Stellenwert bei allen Beteiligten. Die Information der Öffentlichkeit ist ein Kernelement des Krisenmanagements. (...) Das bewusste Ausblenden bestimmter Dinge holt den Unterlassenden ein.“ Inwiefern die Hessische Landesregierung dem eigenen Offenheitsgebot während und im Nachgang der Pandemie nachgekommen ist, erscheint insbesondere angesichts der Protokolle zu den Bund-Länder-Konferenzen – dem augenscheinlich zentralen Beratungsorgan – fraglich. Zum einen wurden die Protokolle ohne vernehmbaren Widerspruch der Hessischen Landesregierung vom Bundeskanzleramt für längere Zeit unter Verschluss gehalten – und werden es teilweise offenbar noch bis heute. Zum anderen lassen die wenigen, 2023 im Zuge eines Antrags nach dem Informationsfreiheitsgesetz überhaupt erst veröffentlichten Protokolle aus dem Jahr 2020 Vermerke zu umfassenden Diskussionen und Abwägungen vermissen. Schwerwiegende Grundrechtseinschränkungen werden darin oft bloß einzeilig vermerkt. So liest man im Protokoll vom 16. März 2020 etwa: „Diskussion um Buchhandlungen: i. Erg. schließen.“ Zudem soll es laut Medien einen intensiven Austausch zwischen den Ländern und dem Bundesgesundheitsministerium im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz und ergänzender Formate gegeben haben – doch öffentliche Protokolle dazu finden sich nicht. Es stellt sich daher die Frage, wo und wie die Hessische Landesregierung über die von ihr verhängten oder mitgetragenen Maßnahmen beraten und entschieden hat.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Spiegelt die Kürze der Vermerke in den Protokollen der Bund-Länder-Konferenzen zur Corona-Pandemie die Dauer und Intensität der tatsächlichen Abwägungen und Diskussionen wider? Bitte unter Angabe der jeweiligen Sitzungsdauer sowie unter Angabe der Gründe für den geringen Umfang der Vermerke.
2. Vor dem Hintergrund der knappen Vermerke in den Protokollen der Bund-Länder-Konferenzen: In welchen weiteren Formaten hat sich die Hessische Landesregierung während der Corona-Pandemie beraten und Entscheidungen getroffen? Bitte unter Angabe von Zeitpunkt, Teilnehmerkreis und Anlass.
3. Inwiefern wurden etwaige Beratungs- und Diskussionssitzungen während der Corona-Pandemie (einschließlich der Bund-Länder-Konferenzen) dokumentiert und protokolliert? Bitte mit Begründung und unter Angabe, in welchem Umfang und durch wen Protokolle erstellt worden sind.

4. Welche Rolle spielte insbesondere der regelmäßige Austausch mit dem Bundesgesundheitsministerium während der Corona-Pandemie für die Entscheidungsfindung der Hessischen Landesregierung?
5. Gab es während der Corona-Pandemie Themen oder Entscheidungen, zu denen die Hessische Landesregierung eine substantiell andere Auffassung als die Bundesregierung vertrat? Bitte unter Angabe dieser Themen und Entscheidungen sowie mit Erläuterung der jeweiligen Position der Landesregierung.
6. Von welchen Personen, Gremien oder Institutionen (einschließlich Sicherheitsbehörden) wurde die Hessische Landesregierung während der Corona-Pandemie beraten? Bitte mit namentlicher Auflistung und Zeitpunkt der Beratung.
7. Hat die Hessische Landesregierung während der Corona-Pandemie auch maßnahmenkritische Wissenschaftler zur Beratung herangezogen? Bitte mit namentlicher Auflistung und Zeitpunkt der Beratung.
8. Vor dem Hintergrund der Weisungsgebundenheit des RKI und der veröffentlichten Protokolle des RKI-Krisenstabs: Welche Bedeutung hatte das RKI für die Entscheidungsfindung der Hessischen Landesregierung? Bitte mit Begründung und Ausführung, ob das RKI als unabhängige, wissenschaftliche Instanz verstanden worden ist.
9. Warum hat die Hessische Landesregierung die Geheimhaltung der Protokolle zu den Bund-Länder-Konferenzen nicht öffentlich kritisiert?
10. Wie bewertet die Hessische Landesregierung ihre Entscheidungsfindungs- und Abwägungsprozesse während der Pandemie?


Wiesbaden, 26. Juni 2026




(Volker Richter)



(Andreas Lichert)




(Heiko Scholz)



(Robert Lambrou)



(Gerhard Bärsch)



(Arno Enners)